

Thomas Fache

DDR-Antifaschismus und das Gedenken an die Novemberpogrome 1938. Eine Lokalstudie¹

Allgemeinplatz der Zeitgeschichtswissenschaft ist es, dass der staatsoffizielle DDR-„Antifaschismus“ der Verortung der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden nachrangige Bedeutung zumaß. Dies gilt – Konjunkturen in Rechnung gestellt – im speziellen auch für den Platz der reichsweiten Novemberpogrome von 1938 in der öffentlichen Memorialkultur des ostdeutschen Staates. So wie diese Befunde umfassend eruiert wurden, heben sie doch zumeist auf eine DDR-Gesamtentwicklung ab, ohne dass sich Lokalstudien der Spezifika annehmen und den Blick auf die gesellschaftliche Umsetzung und Auseinandersetzung mit staatlichen Vorgaben vor Ort lenken.²

Unter Verzicht auf eine Darstellung des historischen Ereignisses in seiner lokalen Ausformung³ soll hier daher das Interesse der Position der Novemberpogrome in der Dresdner Gedenkkultur in der Zeit der DDR, genauer bis vor dem Ende der politischen Alleinherrschaft der SED im Herbst 1989, gelten. Zentral wird dabei eine Analyse der sich wandelnden Relevanz der Jahrestage sein. Zu bestimmen ist deren Ausgestaltung durch ein sich ausdifferenzierendes Spektrum an Akteuren, welche in Zahl, ihrem Verhältnis zueinander, der jeweiligen Praxis, aber auch hinsichtlich ihrer inhaltlichen Bezüge auf das historische Datum aufzuzeigen sind.⁴

Pogromgedenken als Protest im Schatten neuer Helden

Die dominierende Form der Thematisierung der nationalsozialistischen Verfolgung blieben zunächst in der ganzen SBZ Veranstaltungen zum „Tag der Opfer des Faschismus“. Dieser wurde erstmals im September 1945, ab 1946 jeden zweiten Sonntag im September begangen und war in der DDR bis zu deren Ende fester Bestandteil des politischen Gedenktagkalenders. Inhaltlich kennzeichnete ihn ein pauschaler Opferbegriff, der die antisemitische Verfolgung bedachte, aber Spezifika rassistischer bzw. religiöser Verfolgung außen vorließ und vor allem kommunistische Widerstandskämpfer würdigte.⁵

Diese Setzung korrespondierte mit einer hierarchisierenden Unterteilung bei verschiedenen Beschlüssen des Sommers 1945 zur Unterstützung von Verfolgtengruppen des Nationalsozialismus, die zwischen politisch aktiven „Kämpfern gegen den Faschismus“ und vorgeblich bloßen „Opfern des Faschismus“ unterschieden und die erste Kategorie bei materiellen Unterstützungsleistungen bevorzugte.⁶

Für die Jahre 1945 und 1946 können für Dresden daher keine Bezüge des Gedenkens der Novemberpogrome an den Jahrestagen nachgewiesen werden. Lediglich der von der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 1946 einstimmig angenommene Antrag der SED auf Einrichtung einer Grünfläche mit Denkmal zu Ehren der jüdischen Opfer am Rathenauplatz, dem ehemaligen Standort der zerstörten Synagoge, ist erwähnenswert.⁷

Gedenkveranstaltungen der am 1. November 1945 wieder gegründeten Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden lassen sich für 1945 und 1946 ebenfalls nicht nachweisen. Deren Mitgliedern waren – wie beispielsweise der erste Vorstand – überwiegend KZ-Überlebende, während ungefähr 40 aus dem westlichen Exil nach Dresden siedelten.⁸ Der überwiegende Teil der Gemeindeangehörigen war als „Opfer des Faschismus“ (OdF) anerkannt und Mitglied der im Februar 1947 gegründeten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).⁹ Um 1950 waren bis zu 109 der knapp 200 Gemeindemitglieder außerdem Mitglieder der SED. Viele davon arbeiteten in hohen Funktionen wie in der Verwaltung oder dem SED-Apparat selbst.¹⁰

In Reaktion auf die vermehrten antisemitischen Vorfälle in allen Besatzungszonen beschloss der VVN-Zentralvorstand am 18. Oktober 1947, in der ersten Novemberwoche Kundgebungen zum Pogromgedenken zu organisieren.¹¹ In Dresden fand dementsprechend am 9. November 1947 eine „künstlerisch vertiefte[.] Feier im dicht besetzten Saal des Hygiene-Museums“¹² statt. Eine Ansprache hielt zunächst der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Dresden, Leon Löwenkopf. Mit den deutlichen Worten, dass die „jüdische Frage [...] zum Prüfstein für das deutsche Volk geworden“¹³ sei, trug er dazu bei, dass die Veranstaltungen „in ihrem Kern als einzige Anklage gegen den deutschen Nachkriegsantisemitismus“ gewertet wurden.¹⁴ Nach wie vor berichtete auch die ostdeutsche Presse klagend über die fortdauernden Übergriffe und eine „stillschweigende Duldung“ durch die Bevölkerung.¹⁵

Widersprüchliche Untertöne prägten die Reden bzw. die Berichterstattung über diese Veranstaltung: Antisemitismus konnte als zentrales Element des Nationalsozialismus begriffen werden, um nur wenige Zeilen weiter das Argument des zweiten Redners, des VVN-Vorstandes, Ottomar Geschke, aufzugreifen, wonach – anknüpfend an ältere Deutungen – Antisemitismus als Verschleierungsinstrument fundamentalerer gesellschaftlicher Widersprüche zu werten sei.¹⁶ Wenn dann noch der Verweis auf eine Art Vermächtnis der Toten zum Aufbau einer neuen Gesellschaft erfolgte und dieses mit Glückwünschen an die „Völker der Sowjetunion [...] zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution“ gekoppelt wurde, belegt auch das lokale Beispiel den Befund, dass bereits das durch Empörung motivierte Gedenken des Jahres 1947 mit der Auseinandersetzung um Strukturveränderungen in der SBZ verbunden wurde.¹⁷

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang weiterhin die differierende Darstellung der Rede Geschkes, der laut „Union“, dem Bezirksblatt der CDU, darüber hinaus mit Verweis auf den Aufstand

im Warschauer Ghetto darauf drang, dass Juden „keineswegs nur Opfer“ gewesen seien. Demnach wäre „Wiedergutmachung [...] eine Aufgabe aller anständigen Menschen“.¹⁸ Vertreter der VVN nutzten also wie auch in anderen Städten die Gelegenheit, die Wiedergutmachungsfrage anzusprechen. Hintergrund waren hier die Auseinandersetzungen innerhalb der SED wie auch der VVN um soziale Unterstützungsleistungen für „rassisch“ und „religiös“ Verfolgte, vor allem aber um die Schaffung eines von der SED-Führung blockierten Wiedergutmachungsgesetzes. Ein solches forderten immer wieder Vertreter der „rassisch“ Verfolgten innerhalb der VVN – zu nennen sind hier Julius Meyer und Leon Löwenkopf. Dass nun gerade Geschke – neben Franz Dahlem eine der Stützen der Parteilinie in der VVN – in Dresden die Notwendigkeit gesetzlich geregelter Wiedergutmachung betonte, verweist auf eine denkbare bündnispolitische Funktionalisierung des Gedenkens, war doch die VVN seitens der Berliner SPD unter den Verdacht geraten, als verlängerter Arm der SED zu wirken. Somit könnte es sinnvoll erschienen sein, mit einer Annäherung an eine jüdische Opferperspektive eine Überparteilichkeit herauszustellen.¹⁹

Der zehnte Jahrestag der Novemberpogrome war in der SBZ ein erster „publizistischer und zeremonieller Höhepunkt“.²⁰ Erneut und besonders deutlich äußerten sich Julius Meyer als Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in der SBZ auf der Veranstaltung in Erfurt sowie Heinz Galinski, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, zur Wiedergutmachungsfrage, ruhte doch hierzu die Ausarbeitung gesetzlicher Bestimmungen weitgehend.²¹ Beide standen unter dem Eindruck, dass eine entsprechende Gesetzgebung von der SED blockiert wurde. Die stärkere Bindung der Partei an Moskau mit Ausbruch des Kalten Krieges orientierte diese auf den Aufbau eines Einparteienstaates sowjetischen Vorbildes. Wiedergutmachung oder Entschädigung – etwa im Sinne der Rückgabe von Betrieben und Besitz aus Volkseigentum – waren dabei „vom sozialistischen Standpunkt aus nicht zu verantworten.“²²

Die neuen Zielsetzungen der SED überformten das Gedenken an die Novemberpogrome, indem ihre Vertreter in der VVN diese Linie in die Veranstaltungen trugen. Schon das Ende der Entnazifizierung auf Basis des SMAD-Befehls Nr. 35 vom 26. Februar 1948 sowie weitere – die VVN-Basis empörende – Integrationsangebote an ehemalige NSDAP- und Wehrmachtsangehörige waren im Vorfeld des Jahrestages eindeutig Maßnahmen mit machstabilisierender Funktion.²³ So traten bei der Rede Hans Seigewassers, VVN-Vorstand und eine Stütze der SED-Linie innerhalb der Organisation, auf der Veranstaltung in Dresden die Bestimmung des Antisemitismus als ein Wesenmerkmal des Nationalsozialismus und das Verhalten der deutschen Bevölkerung zurück.²⁴ Vielmehr zielte er auf eine Delegitimierung des kapitalistischen Westens im Allgemeinen. Erinnerung fungierte hier lediglich als Nachweis des menschenverachtenden Charakters des „Faschismus“ nach der verbindlichen Dimitroff’schen Definition,²⁵ wenn dieser auf seine imperialistischen Wurzeln hin bzw. als Ergebnis

kleiner monopolkapitalistischer Führungsgruppen definiert und somit jüdische Leidensgeschichte für die aktuelle politische Auseinandersetzung nutzbar gemacht wurde.²⁶

Die öffentliche Wirkung der Veranstaltungen in den Jahren 1947 wie 1948 kann sicherlich als gering bezeichnet werden. In knappster Form publizistisch begleitet, wandten sie sich wahrscheinlich an ein auf VVN-Mitglieder beschränktes Publikum.

Spätstalinistischer Antisemitismus und die Abwesenheit der Erinnerung

Entscheidende Etappen des bereits erwähnten Kurswechsels der SED bildeten die im September 1948 auf Entscheidung des Parteivorstandes installierte „Zentrale Parteikontrollkommission“ (ZPKK) unter Hermann Matern sowie vor allem der Beschluss der ersten Parteikonferenz im Januar 1949 zur Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typus“. Fähig zur Führung eines Staates, sollte diese nach sowjetischen Maßstäben eine hierarchisch-zentralistisch aufgebaute und ideologisch geschlossene fraktionslose Herrschaftsstruktur bilden. Die ZPKK führte in diesem Sinne ab Ende 1948 in mehreren Repressionswellen parteiinterne Überprüfungen durch, die sich vor allem gegen ehemalige Sozialdemokraten und kritische Kommunisten richteten. Ins Raster der Überprüfungen fielen ebenso Mitglieder ohne proletarisches Herkunftsmilieu und frühere Westemigranten – Kategorien, die vornehmlich Juden trafen.²⁷

Dabei setzte sich sukzessive in der SED die im Moskauer Exil geprägte Strömung um Walter Ulbricht und Hermann Matern durch. Diese schloss an die marxistisch-leninistische Theoriebildung vor 1933 an, nach der die „jüdische Frage“ als Klassenfrage zu interpretieren sei und mit der Durchsetzung des Kommunismus als Überwindung der Klassengegensätze gelöst würde. Der Rassenantisemitismus als Kernelement des Nationalsozialismus blieb ihnen verborgen, begriffen sie diesen doch in erster Linie als Antikommunismus. Die Offenlegung der NS-Verbrechen an den Juden hinterließ keine Spuren in dieser theoretischen Ausrichtung.²⁸

Aus den Führungspositionen der SED verdrängt wurden dagegen in einem bis weit in die 1950er Jahre reichenden Prozess als „*Verlust innerer Differenzierung*“²⁹ – in einer idealtypischen Trennung – die beiden anderen Parteifraktionen der „KZ- und Zuchthausgeneration“ altgedienter KPD'ler und solcher Kommunisten, deren Wege ins Exil vornehmlich nach Mexiko, Großbritannien oder in die USA geführt hatte. Letzteren wurde ein ideologisch schädliches Umfeld unterstellt. Politischen Gestaltungsverlust erlitten also die Fraktionen, welche in der VVN den Ton angaben, und – dies gilt für die Westexilanten, namentlich vor allem Paul Merker – Träger der Erinnerung an die Judenverfolgung gewesen waren.³⁰ Betroffene der Disziplinierung waren nach dem Entzug der anfänglichen Unterstützung Israels durch die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten sowie der Verortung Israels im imperialistischen Lager aber auch all diejenigen, welche sich vor und nach 1945 für jüdische Belange einsetzten.

Ganz unter diesen Zeichen standen die Direktiven der SMAD vor der Säuberungswelle 1949/50, die im Anschluss an den folgenschweren Rajk-Prozess in Budapest die politische Bekämpfung der Verdächtigten auch in der SBZ und DDR initiierten. Persönlichkeiten wie Merker verloren ihre Stellung im Politbüro.³¹ Allein in Sachsen wurden gut 4.600 Parteimitglieder überprüft und Listen „fragwürdiger Elemente“ zusammengestellt. Es folgten Verhaftungen, Einschüchterungen und berufliche Benachteiligung. Erstmals wurden dabei Verzeichnisse über eine jüdische Herkunft angelegt.³²

Derart unter Druck traten erste Mitglieder bereits 1951 aus ihren Jüdischen Gemeinden aus.³³ Die für die Anfangszeit der Gemeinden so essentiellen Unterstützungslieferungen des amerikanischen American Joint Distribution Committee bildeten nun ebenso Angriffspunkte für verschwörungstheoretische Vorwürfe.³⁴

Eine dramatische Zuspitzung erhielt die antijüdische Zielrichtung dieser Kampagnen mit dem Beschluss der SED vom Juni 1952 zum „Aufbau des Sozialismus“, der mit einer „Verschärfung des Klassenkampfes“ eine erneute Suche nach „Abweichlertum“ anschob. Letztlich war dies eine repressive Reaktion auf die krisenhafte Entwicklung in der DDR mittels einer Feindbenennung nach außen und dessen angeblichen Unterstützern im Inneren. Die SED zog im Dezember 1952 die „Lehren“ aus dem offen antisemitischen Slánský-Prozess in Prag.³⁵ In der DDR wurde wiederum vor allem Paul Merker dafür verantwortlich gemacht, dass „der amerikanische Imperialismus über den Staat Israel seine Spionage- und Diversantentätigkeit mit Hilfe zionistischer Organisation in den volksdemokratischen Ländern organisiert und durchgeführt“³⁶ habe.

Partei- und Presseverlautbarungen, sich wiederholende Vorladungen und erneute Verhaftungen beschworen für Juden und die Jüdischen Gemeinden Anfang 1953 ein Szenarium herauf, in dem sie als verkappte „Volksfeinde“ bedroht waren. Die im gesamten sowjetischen Machtbereich laufende Kampagne gegen „Kosmopolitismus“ und die Aufdeckung der angeblichen „Ärzteverschwörung“ von Moskau gegen Stalin trieben den Vorsitzenden des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR (VJGDDR) und insgesamt sieben von acht Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden schließlich am 12. und 13. Januar 1953 zur Flucht nach Westberlin, unter ihnen auch Leon Löwenkopf aus Dresden.³⁷ Die Parteipresse deutete die Vertreibung als Eingeständnis „zionistischer Agenten“ um,³⁸ während die VVN am 21. Januar 1953 mit einem Ausschluss von vier der prominentesten Geflohenen, darunter Meyer und Löwenkopf, sekundierte.³⁹ Es folgten Durchsuchungen, berufliche Einschränkungen sowie zum Teil jahrelange Inhaftierungen.⁴⁰

Kurze Zeit nach diesen Vorgängen verfügte die SED die Auflösung der VVN.⁴¹ Obwohl bereits seit Ende 1948 SED-Mitglieder die Majorität der Mitglieder stellten, blieb in der Vereinigung die KZ-Generation der KPD die dominierende Kraft.⁴² Diese akzeptierte nie völlig das SED-Integrationskonzept der „Nationalen Front“, stand dem Ende der scharfen

Entnazifizierungsmaßnahmen und der Eingliederung ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die SED höchst kritisch gegenüber und stellte somit einen Hemmschuh für die „Realpolitik“ der Parteiführung dar.⁴³ Zudem wurde die VVN als politische Vertretung jüdischer Interessen wahrgenommen.⁴⁴ An Stelle der VVN wurde nun das „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ unter der Leitung Materns installiert, womit für ideologische Korrektheit gesorgt war. Die Gestaltung der Gedenktage an Opfer und Widerstand wurde der Nationalen Front übertragen, in deren Konzeption die Novemberpogrome aber nicht vorkamen⁴⁵ – die bisherigen Gedenkakteure waren politisch ausgeschalten.

Die hier skizzierten Vorgänge wirkten sich fundamental auf die öffentlich gestaltete Erinnerung an die Novemberpogrome aus.⁴⁶ In Berlin und Leipzig fanden ab 1953 nur noch kleinere Gedenkveranstaltungen statt,⁴⁷ während solche für Dresden seit 1949 vorerst nicht registriert werden können. In der städtischen bzw. regionalen Presse war die Thematik in äußerst geringem Maße erst wieder ab 1957 präsent. Entsprechende Presseartikel richteten sich stets im Rahmen der DDR-Kampagnenpolitik gegen das politische System der BRD.⁴⁸

Darüber, ob die Jüdische Gemeinde zu Dresden interne Gedenkveranstaltungen durchführte, liegen keine Berichte vor. Nach der Fluchtwelle Anfang 1953 musste die Gemeinde im Laufe des Jahres zunächst einen weiteren Mitgliederschwund durch Fortzug verkraften.⁴⁹ Dennoch gelang bis Ende der 1950er Jahre die Stabilisierung des Gemeindelebens, welches sich aber bis in die 1960er Jahre hinein außerhalb der Dresdner Öffentlichkeit vollzog.⁵⁰

Christliche Kirchgemeinden in Dresden nahmen den Jahrestag ebenfalls nicht zum Anlass für eigene Aktivitäten. Allerdings können von Seiten der evangelischen Kirche durchaus Kontakte zur Jüdischen Gemeinde registriert werden, die auf eine gewisse Sensibilität für deren prekäre Lage um 1953 schließen lassen.⁵¹ Insgesamt gilt aber, dass bis in die 1970er Jahre hinein das Interesse an der Jüdischen Gemeinde von außerhalb als äußerst gering einzuschätzen ist.⁵²

Eine „wahre Heimstatt“ – Loyalität und Gedenksuren

Nach dem Mauerbau 1961 etablierten sich in Dresden öffentliche Gedenkveranstaltungen an die Wiederkehr der Novemberpogrome nur allmählich und punktuell. Dabei war für die lokale Situation die Wahl Helmut Aris, Vorstandsmitglied der hiesigen Jüdischen Gemeinde, zum Präsidenten des VJGDDR im Juni 1962 und die damit verbundene Verlegung des Verbandshauptsitzes prägend. Diese Personalie und die Herauslösung des VJGDDR aus der formellen organisatorischen Bindung an den in Hamburg ansässigen Zentralrat der Juden in Deutschland schloss im wesentlichen eine von der DDR-Führung angestrebte engere Bindung an Partei und Staat vorläufig ab.⁵³

So galt nun für die Gestaltung des 25. Jahrestages, dass die „Arbeit des Verbandes zunehmend in der seitens des Staates und der Partei gewünschten Bahn verlief“.⁵⁴ Insbesondere der auf einer

Sondersitzung des Verbandes im Oktober 1963 verabschiedete „Aufruf an die Juden in der Welt und alle Menschen guten Willens“, welcher „Faschismus, Antisemitismus und Rassismus [...] mit ihren Wurzeln“ in der DDR als „ausgerottet“ betrachtete, um politisch opportun „die Mörder von sechs Millionen Juden in Westdeutschland“ anzuklagen, reihte sich ein in die systematische, gegen die Bundesrepublik gerichtete Kampagne zu Beginn der 1960er Jahre.⁵⁵

Die zentrale politische Kundgebung fand in Berlin am 8. November 1963 ohne Anwesenheit der jüdischen Gemeinden statt. Dagegen wurden in Dresden Veranstaltungen ausgerichtet, die gemäß dem neuen Stellenwert der Stadt als organisatorischem Mittelpunkt jüdischen Lebens in der DDR einen herausgehobenen Charakter für das Gedenken der Gemeinden hatten. Auf Einladung des VJGDDR, des Nationalrates der Nationalen Front und des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer kamen 1.100 Personen zur künstlerisch umrahmten Gedenkfeier im Deutschen Hygiene-Museum Dresden zusammen.⁵⁶ Helmut Aris verkündete hier den bereits genannten Aufruf, wick aber in seiner Rede von offiziellen Deutungen dahingehend ab, dass neben den „Banden der Hitlerpartei“ sich auch das „Volk“ der Verantwortung und Schuld nicht entziehen könne.⁵⁷

Bereits 1963 wurde ganz im Sinne einer deutschlandpolitischen Instrumentalisierung der Juden in der DDR versucht, die Veranstaltungen und deren Ausrichtung im Ausland mittels Publikationen und Einladungen bekannt zu machen. So wurde der Aufruf mehrsprachig verschickt und zufrieden das Wohlwollen anwesender Gäste aus nichtsozialistischen Ländern registriert.⁵⁸

Die Anwesenheit des Landesbischofs Gottfried Noth beim anschließenden Empfang des Rates des Bezirkes Dresden (RdB) verweist zudem auf die stärkere Beachtung des Jahrestages durch die evangelische Kirche, die sich in Dresden wie in der gesamten DDR v. a. in einem besonderen Spruch vor dem Beichtgebet der Gottesdienste am 10. November 1963 äußerte.⁵⁹ Diese beruhte auf der tagesaktuellen Auseinandersetzung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin im Februar 1960, die durch antisemitische Ausschreitungen in der BRD motiviert worden war. Solcherart Hinwendung stellte zugleich den vorsichtigen Beginn einer kritischen Annäherung an eine eigene, also christliche antijüdische Tradition dar und somit auch an die Frage einer Mitschuld an nationalsozialistischer Verfolgung.⁶⁰

Verschiedene weitere Initiativen zeigen, dass der VJGDDR um Helmut Aris bemüht war, dem Gedenken an die Novemberpogrome breitere Wirkung zukommen zu lassen: Erwähnt seien hier etwa die Herausgabe einer Sonderbriefmarke und die (zu diesem Zeitpunkt noch ausgeschlagene) Bitte um gesonderte Beachtung im Schulunterricht.⁶¹

Bis zum 30. Jahrestag 1968 würdigten DDR-weit keine staatlichen Veranstaltungen den Jahrestag der Novemberpogrome. Während für den Großteil der jüdischen Gemeinden in der DDR das „Gedenken zur Konvention“⁶² avancierte, kann dies für Dresden vorerst nicht nachgewiesen werden.⁶³ Allmählich aber erhielten jüdische Themen außerhalb der Gemeinden in kirchlichen und hier v. a. evangelischen

Kreisen Beachtung, wobei auf einzelne Engagierte wie Pfarrer Fritz Schulz in den 1950er Jahren verwiesen werden kann. Zentrale Figur für erste Kontakte auf unterer Ebene wurde in Dresden der privat agierende Helmut Eschwege, Mitglied der hiesigen jüdischen Gemeinde;⁶⁴ aber auch Helmut Aris selbst hielt Vorträge vor Interessierten.⁶⁵

Wie 1968 anlässlich des 30. Jahrestages ein Anstieg der Gedenkveranstaltungen in der gesamten DDR zu verzeichnen ist,⁶⁶ so fand in Dresden am 11. November 1968 gemäß einer Anweisung des Kirchenstaatssekretärs die zentrale Veranstaltung im Kongresssaal des Hygiene-Museums statt. Von höherer politischer Ebene in Berlin war neben konkreten Elementen des Ablaufs auch die Verkündung einer „Willenserklärung“ durch den VJGDDR bestimmt worden.⁶⁷ Herbert Ringer, Vizepräsident des VJGDDR, trug dieses „Gelöbnis“ – gleichsam politischer Höhepunkt und umrahmt von Reden Aris' und Seigewassers sowie künstlerischer Gestaltung⁶⁸ – vor. Die DDR, welche im nun schon in Endlosschleifen propagandistischer Selbstdarstellung referierten Gegensatz zur BRD „getreu den im Potsdamer Abkommen getroffenen Festlegungen Faschismus und Antisemitismus ausgerottet“ habe, wurde darin als „wahre Heimstatt“ der Juden glorifiziert. Angesichts eines Lebens „ohne Sorgen“ gelobten die Jüdischen Gemeinden, die DDR „wirkungsvoll zu unterstützen“ und „zu schützen“, das Erbe der Ermordeten zwischen 1933 und 1945 zu bewahren, „einem dauerhaften Frieden allseitig zu dienen“ und sich gegen jede neue Entwicklung hin zu „Faschismus und damit Völkervernichtung“ zu wenden⁶⁹ – mehr als ein „historisch dekoriertes Unterwerfungsritual“ mag Schmid hier zurecht nicht mehr erkennen.⁷⁰

Besondere Beachtung erfuhr der Jahrestag aber im CDU-Bezirksorgan: Neben Artikeln zu den Gedenkfeiern, die sich im Fahrwasser offizieller Darstellungen bewegten, fällt eine ganzseitige Beachtung am 9. November 1968 auf.⁷¹

Nachdem das synagogale Gedenken bereits am 9. November 1968 in Berlin stattgefunden hatte, legten in Dresden Vertreter der Gemeinden und des Verbandes sowie seiner Gäste vor den geschlossenen Veranstaltungen in den Vormittagsstunden Blumengebinde am Ehrenmal des Neuen Jüdischen Friedhofs auf der Fiedlerstraße nieder und hielten an gleicher Stelle ein kurze Kundgebung.⁷²

Ausdruck einer „sekundären Habitualisierung“⁷³ des öffentlichen Pogromgedenkens war demnach auch, dass Aris diesmal eine gesonderte Bearbeitung des Themas im Rahmen des Schulunterrichts erfolgreich einfordern konnte.⁷⁴

Ohne explizite Veranstaltungen nach 1968 wurden die in der Mitte der 1960er Jahre einsetzenden gegenseitigen Loyalitätsbekundungen ritualisiert zwischen dem Staat in Vertretung des Kirchenstaatssekretärs Seigewasser, dem CDU-Vorsitzenden Gerald Götting und dem VJGDDR vollzogen.⁷⁵ Bei knappster Berichterstattung erhöhte sich wie in anderen Städten der DDR auch in Dresden langsam die Aufmerksamkeit kommunaler wie regional-staatlicher Akteure.⁷⁶

Ab 1975 fand die Erinnerung an die Novemberpogrome in Dresden den Weg in den öffentlichen Raum. Bereits am 22. April 1975 war im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der „Befreiung“ eine Gedenkstele am Standort der 1938 zerstörten Synagoge eingeweiht worden. Oberbürgermeister Schill hielt zu diesem Anlass eine Rede.⁷⁷ An diesem Ort erfolgte ab 1975 nun jährlich am 9. November eine Kranzniederlegung, über die in der Tagespresse nur äußerst knapp berichtet wurde.⁷⁸

Die in den 1960er Jahren begonnene Auseinandersetzung mit dem Judentum durch (vor allem evangelische)⁷⁹ Christen wurde auch in Dresden in den 1970er Jahren fortgeführt, weitete sich aber etwa im Gegensatz zu Leipzig nicht aus. Die dortige günstige personelle Konstellation war in Dresden nicht gegeben.⁸⁰ Verantwortlich dafür scheint einerseits die staatliche Nähe der hiesigen Jüdischen Gemeinde oder wenigsten der ansässigen Verbandsführung zu sein, andererseits fehlten auf kirchlicher Seite noch ausschlaggebende lokale Akteure, die das Engagement des Pfarrers Schulz fortgesetzt hätten.

Erinnerungskonkurrenz und Staatsakt – Annäherungen und Vereinnahmungen

Die grundlegende Tendenz einer christlichen Neuausrichtung und die persönlichen Initiativen „von unten“ kulminierten 1978 in einer nie da gewesenen Anhäufung von Gedenkveranstaltungen unter Beteiligung der Kirche. Vor allem erschöpfte sich dies nicht in der Teilnahme an staatlichen Zusammenkünften, standen doch nun eine Vielzahl von Gedenkakten unter expliziter christlicher Verantwortung. Dieser Fakt verweist zudem auf den generell erweiterten kirchlichen Handlungsspielraum nach der Neujustierung des Verhältnisses der evangelischen Kirche zur Staats- und Parteiführung im Anschluss an das Spitzengespräch vom 6. März 1978 zwischen Bischof Albrecht Schönherr und Erich Honecker. Nach einer schon vorangegangenen Selbstpositionierung der evangelischen Kirchenleitung als „Kirche im Sozialismus“ lag das Hauptinteresse der SED-Spitze darin, in einer Phase der krisenhaften Entwicklung der DDR mittels integrativer Angebote ihre Machtposition zum Preis des Zugeständnisses teilautonomer Bereiche zu sichern.⁸¹

Den kirchlichen Gedenkveranstaltungen am 40. Jahrestag der Novemberpogrome ging seit 1977 eine tiefgründige thematische Beschäftigung eines Magdeburger Arbeitskreises voran, aus der zwei in Kirchenkreisen breit rezipierte „Arbeitshefte“ hervorgingen.⁸² Wie diese gingen die „Worte an die Gemeinden“ der Leitung der Kirchenprovinz Sachsen und der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (KKL) vom September 1978 auf deutliche Distanz zur offiziellen Deutung der nationalsozialistischen Judenverfolgung.⁸³ Von besonderer politischer Brisanz war zweifellos die Bitte um „echte Bewältigung der unseligen Vergangenheit“.⁸⁴ Diese stand neben den Diskussionen auf

der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) im September 1978 über neonazistische und antisemitische Äußerungen bei Jugendlichen in der DDR.

Neben dieser, der Staatsraison aber auch der eigenen bisher weitgehend gleichgültigen Haltung der Kirche gegenläufigen Annäherung an die jüdische Leidensgeschichte ist weiterhin ein tagespolitischer Bezug festzustellen: Bei verschiedenen Gelegenheiten wurde das vergangene „fremde“ Leiden auf eine aktuelle Verfolgungssituation, also beispielsweise die der DDR-Opposition, projiziert.⁸⁵ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die kirchlichen Veranstaltungen überwiegend von Jugendlichen besucht wurden,⁸⁶ mithin also jenen, denen die Kirche in den 1970er Jahren die Räume öffnete. Gegen die Anwesenheit der jüngeren stand also die Abwesenheit der älteren, zudem konfessionell stärker verankerten Generation – also genau dem Personenkreis, dessen schuldhaftes Verhalten kirchliche Vertreter so beeindruckend angesprochen hatten.⁸⁷

Ganz im Zeichen dieser Deutungen im Vorfeld standen die dadurch motivierten zahlreichen kirchlichen Gedenkveranstaltungen mit einer Konzentration auf Berlin, Erfurt und Leipzig. Mit der Begehung des Jahrestages ging in diesen Städten auf lokaler Eben eine stärkere Annäherung zwischen christlichen und jüdischen Gemeinden einher, wobei für letztere eine nicht nur räumliche Distanz zum administrativen Zentrum, dem Sitz des VJGDDR in Dresden, konstatiert werden kann.⁸⁸

Der nun 1978 „auch öffentlich wahrnehmbare gedenkpolitische Bedeutungsgewinn [...] der evangelischen Kirche“⁸⁹ zeigte sich dagegen nur indirekt in Dresden. Der bereits in der funktionalen Annäherung an die Kirche zum Ausdruck gekommene Wunsch nach Verbreiterung der Legitimationsbasis der SED-Herrschaft äußerte sich weiterhin zum einen auf der Ebene politischen Agierens in der Einbeziehung des VJGDDR in diese Bündnispolitik,⁹⁰ zum anderen auf ideologischer Ebene in der Erweiterung des legitimatorischen Geschichtsbildes in Folge des IX. Parteitages der SED von 1976 um die Schlagworte von „Erbe und Tradition“, womit ein – wiederum spezifisch ausgerichteter – breiterer Bezug zu Aspekten deutscher Geschichte gesucht wurde.⁹¹

Vor diesem Hintergrund und angesichts eines allgemein ansteigenden internationalen Interesses an jüdischen Themen legte das Kirchenstaatssekretariat im Juni 1978 fest, den „Jahrestag politisch so groß [...] wie möglich“ vorzubereiten.⁹² Ebenso wenig wie die Vorbereitungen kirchlicher Kreise blieben die als bedrohlich in der Konkurrenz um das „bessere Deutschland“ wahrgenommenen Vorbereitungen in der BRD im Verborgenen.⁹³ Geradezu alarmierend schien dazu die bundesdeutsche Rezeption der oben genannten kirchlichen Wahrnehmung problematischer Tendenzen in der ostdeutschen Jugend.⁹⁴

In enger, aber paternalistischer Zusammenarbeit mit dem VJGDDR erfolgte nun unter staatlicher Regie die Planung einer sich vom 7. bis 12. November 1978 erstreckenden Reihe von Gedenkakten an verschiedenen Orten der DDR. Neben der Kranzniederlegung in Sachsenhausen am 10. November wurden alle Veranstaltungen in Dresden am 9. November selbst als „politische Höhepunkte“ konzipiert.⁹⁵

Der dreiteilige hiesige Gedenkakt startete mit einer Kranzniederlegung an der Stele, bei der Oberbürgermeister Schill eine Rede hielt.⁹⁶ Am späten Nachmittag folgte im Hygiene-Museum die politische Hauptveranstaltung der DDR zum 40. Jahrestag, bei der die Geladenen vorrangig lokale und regionale Funktionäre waren, an der aber auch hohe kirchliche Vertreter teilnahmen.⁹⁷ Zentrale Punkte bildeten die Ansprachen von Helmut Aris und Gerald Götting, letzterer als CDU-Vorsitzender und Honecker-Stellvertreter der höchste anwesende staatliche Repräsentant.

Alle Redner beschworen die DDR als einen Ort der Verwirklichung gleichberechtigten jüdischen Lebens sowie als einen solchen, an „welchem gewöhnlicher Faschismus, gewöhnliche Faschisten und ihre Hintermänner an den Schalthebeln der ökonomischen und politischen Macht endgültig entmachtet sind“. Demonstrativ wurde Einigkeit darüber herausgestellt, dass die „Bürger jüdischen Glaubens [...] eine feste und sichere Heimstatt gefunden haben.“⁹⁸

Worte jenseits dieser Deutungen waren selten.⁹⁹ Bei Aris waren diese – wie gewohnt bei offiziellen Anlässen und nun erst recht bei bisher nicht gekannter Aufwartung durch eine Grußadresse von Erich Honecker¹⁰⁰ – ebenso wenig zu finden wie Widerspruch zu den an ihn herangetragenen Erwartungen klarer Stellungnahmen zur DDR im oben genannten Sinne. Partielle Abweichungen des Vorsitzenden des VJGDDR, z.B. die Thematisierung des elementaren Problems der Überalterung der jüdischen Gemeinden der DDR, sind nur abseits der offenen Bühne auszumachen: Auch für ihn bot die kirchliche Öffentlichkeit einen allerdings nur wenig genutzten Raum.¹⁰¹ Andererseits – und dies gehört zum vorsichtig erweiterten lokalen Erinnerungsraum – kann eine Initiative des Musikwissenschaftlers Peter Zacher registriert werden, die die Zustimmung von Aris erfuhr.¹⁰²

Während also 1978 für die gesamte DDR eine „*sprunghafte[.] Ausdehnung*“ bei „*formale[r] Differenzierung*“ mit deutlicher „*Verschiebung des Akteursschwerpunktes*“ zu resümieren ist,¹⁰³ stellte Dresden das Zentrum der staatsoffiziellen Veranstaltungen und deren Organisation dar. Auf der anderen Seite kann von selbständigen kirchlichen Annäherungen geringen Ausmaßes auch in Dresden ausgegangen werden.

Nach diesem vorläufigen Höhepunkt der Erinnerung 1978 fiel das offizielle Gedenken der Novemberpogrome in Dresden wieder auf das Ritual der Kranzniederlegung an der Stele mit Vertretern des VJGDDR sowie des RdB und Rates der Stadt (RdS) an der Stele zurück. So wurde ab 1982 mit einer zweiten Kranzniederlegung an der Gedenktafel am ehemaligen Altersheim der Israelitischen Religionsgemeinschaft zu Dresden der Erinnerungskultur des VJGDDR ein weiteres Element hinzugefügt.¹⁰⁴

Parallel dazu etablierte sich nun auch in Dresden ein Arbeitskreis „Begegnungen mit dem Judentum“. Dieser entfaltete nach seiner ersten Zusammenkunft im Januar 1982 eine rege Organisationstätigkeit zu Veranstaltungen, die in der Annenkirche stattfanden und sich auf eine breite Palette von Themen

jüdischer Geschichte konzentrierten. Er vernetzte zudem christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften überregional.¹⁰⁵

Für eine Betrachtung der Gedenktagskultur zum 9. November 1938 sind die nun jährlich in der Annenkirche gehaltenen Vorträge von besonderem Interesse, die in enger, gleichwohl nicht nur zeitlicher Beziehung zum Anlass standen. Die Themen verweisen auf Schwerpunkte und Deutungen, wie sie in den offiziellen Verlautbarungen nach wie vor keinen oder nur marginalen Platz fanden.¹⁰⁶

Erneut kann hier gelten, dass die von wenigen Vertretern der älteren Generation bzw. kirchlichen Würdenträgern organisierte Annäherung eher vom Interesse der Jüngeren getragen wurde.¹⁰⁷

Beachtung verdient weiterhin das 1983 nur dem äußeren Anschein nach in gewohnter Form fortgesetzte Ritual der Kranzniederlegung an der Stele: Eine ursprünglich vom Kirchenstaatssekretariat umfangreicher geplante politische Bearbeitung des Jahrestages stieß auf die Ablehnung von Helmut Aris, der damit seiner Besorgnis über die ungebrochene antiisraelische Berichterstattung und zunehmende antisemitische Vorfälle in der DDR Ausdruck verlieh. Geschichtskulturell besonders bemerkenswert ist dabei Aris' expliziter Verweis auf die gedenkkalendarische Konkurrenz der Begehung des 500. Geburtstages Martin Luthers.¹⁰⁸

Die dann 1985 über die üblichen Kranzniederlegungen hinausgehenden Veranstaltungen in Dresden sind als eine Art staatliche Wiedergutmachung gegenüber der geringeren Beachtung von 1983 nur unzureichend beschrieben.¹⁰⁹ Diese sind auch Ausdruck dessen, dass die Beachtung der NS-Verfolgungsgeschichte von der SED als „ein internationaler Indikator für die geschichtskulturelle Glaubwürdigkeit der DDR eingeschätzt wurde.“¹¹⁰ Den Gedenkakten kam „hohe[.] innen- und außenpolitische[.] Bedeutung“¹¹¹ zu. Einerseits wurde dem Jahrestag eine stärkere Beachtung im Zusammenhang mit dem – politisch höher angesiedelten – runden Jubiläum des 8. Mai 1945 zugestanden, andererseits eine Möglichkeit gesehen, die internationale Aufregung um den Bitburg-Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan politisch zu nutzen.¹¹²

Bereits am 6. November 1985 fanden die politischen Hauptveranstaltungen statt: Nach einem Gottesdienst in der Synagoge Fiedlerstraße wohnten im Kulturpalast über 2.000 zumeist geladene Gäste der zentralen Gedenkfeier bei, auf der der Nationalratspräsident Lothar Kolditz die Hauptrede hielt. Das politische Bündnis des VJGDDR mit der SED wurde mit der Verleihung des Ordens „Stern der Völkerfreundschaft“ an diesen öffentlich unterstrichen. Kolditz' Rede wich kaum vom bewährten Muster ab, ging knapp auf die historischen Ereignisse ein und verband die Erinnerung mit dem Verweis auf eine aktuelle Kriegsgefahr, deren Verantwortlichkeit im Westen das Friedensengagement der Staaten des Warschauer Paktes gegenübergestellt wurde. In dieser Interpretation konnte die DDR als ein „Ort des Friedens für alle“ den Juden als sichere „Heimstatt“ zur Verfügung stehen.¹¹³ Als

Gedenkveranstaltung lokalen Zuschnitts fungierte zudem am 8. November 1985 die jährliche Kranzniederlegung an der Stele.

Dass dem Jahrestag schon 1985 weit mehr als eine kompensatorische Funktion zugewiesen wurde, zeigt sich im Bemühen um hochrangige ausländische Gäste. Dabei fallen die Einladungen an Vertreter des Judentums in der BRD, Heinz Galinski und Alexander Ginsburg, auf. Bemerkenswert ist aber vor allem das Interesse an Edgar M. Bronfman, damaliger Präsident des Jüdischen Weltkongresses (WJC). Bereits 1985 verbanden sich also mit dieser Person Ambitionen einer verbesserten Außendarstellung und in dessen Folge nötige wirtschaftliche Kontakte.¹¹⁴

Für die Jahre 1986 und 1987 war die öffentliche Erinnerung in Dresden wieder auf die Kranzniederlegung an der Stele reduziert. Zusätzlich kann aber eine leicht steigende Tendenz in der Berichterstattung verzeichnet werden, die wiederum die verschiedenen inhaltlichen Bezüge zum Jahrestag offenlegte.¹¹⁵

Allerdings kam dem Ausmaß der Aufmerksamkeit zum 50. Jahrestag bereits zeitgenössisch das wenig schmeichelhafte Prädikat „Gedenkpest“¹¹⁶ zu. Schmid spricht von einer „penibel vorbereiteten geschichtskulturellen Charmeoffensive“.¹¹⁷

Basierend auf einer im August 1987 erstellten Konzeption des Kirchenstaatssekretariats und dem im Mai 1988 vollzogenen Beschluss des Politbüros fanden am Jahrestag oder in dessen unmittelbarer zeitlicher Nähe republikweit 140 Veranstaltungen statt. Darüber hinaus kam es seit dem Frühjahr 1988 zu einer Vielzahl von Aktivitäten, in deren Fokus nicht nur die historischen Ereignisse von 1938 oder andere Facetten der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik standen, sondern Aspekte des jüdischen Lebens, der Kultur und Geschichte im Allgemeinen. Neben Vorträgen und Versammlungen von Basisstrukturen der Parteien und Massenorganisationen können hier Einsätze auf jüdischen Friedhöfen genannt werden.¹¹⁸ Augenfälligster Ausdruck dieser massiven thematischen Beschäftigung war eine umfassende Pressekampagne, in deren Begleitung sich allerdings antisemitische Vorfälle wie Friedhofsschändungen häuften.¹¹⁹

In bisher ungekanntem Maße motivierte sich diese staatliche Beachtung aus klaren politischen Zielsetzungen der Staatsspitze: Vordringlich schien angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs eine Annäherung an die USA zur Erlangung verbesserter Handelskonditionen. Mittels der Herausstellung einer allumfassenden Würdigung jüdischen Leidens in der Vergangenheit und jüdischen Lebens in der Gegenwart versuchte die DDR-Führung ihr Außenbild, eingetrübt durch eine antiisraelischen Haltung sowie einer Verweigerungsposition hinsichtlich der Wiedergutmachungsfrage, in Israel und den USA zu verbessern.¹²⁰

Zudem sah sich die SED absehbar starken kirchlichen Aktivitäten vor allem im Zusammenhang mit offensiver agierenden Oppositionsgruppen gegenüber, denen sie die vergangenheitspolitischen Deutungen nicht überlassen wollte. Neben einer ausgeprägten Vielfalt an Veranstaltungen, welche am

Beispiel Dresdens noch darzustellen ist, muss das gemeinsame Wort der bundesdeutschen EKD und des ostdeutschen BEK genannt werden, welches erstmals von höchster deutscher kirchlicher Repräsentanz eine theologische Mitverantwortung bei der Genese des Antisemitismus über das Schuldbekennnis hinaus einräumte.¹²¹ Staatlicherseits wurde nun zum einen versucht, das Gedenken in gewünschter Weise zu überformen, zum anderen insbesondere der christlich-jüdische Dialog als vorteilhaft im Sinne der gewünschten Außendarstellung angesehen und positiv bewertet.¹²²

Außerdem versetzte die sich abzeichnende breite gesellschaftliche Beachtung des Jahrestages in der BRD die DDR-Führung in eine Konkurrenzsituation, die aber auch als Chance zur Bewährung als das „bessere Deutschland“ begriffen wurde.

Die zentralen staatlichen Veranstaltungen zum 50. Jahrestag fanden gemäß dieser Bedeutungszumessung vom 8. bis 10. November 1988 in Berlin statt.¹²³

In Dresden begannen die staatlichen Planungen spätestens am 27. April 1988 mit einem ersten Vorbereitungsgespräch zwischen dem neuen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, Roman König, Siegmund Rotstein und zwei Vertretern der Abteilung Kirchenfragen des RdS. Insgesamt kann festgestellt werden, dass gemäß der hohen politischen Zielsetzungen im Vorfeld der Veranstaltungen auch in Dresden ein umfangreicher Maßnahmenkatalog vorlag, um Themen zur jüdischen Geschichte in der Dresdner Öffentlichkeit präsent zu halten: Neben fortlaufenden Presseartikeln wurden städtische Bibliotheken instruiert, entsprechende Literatur prononciert herauszustellen; Kinos erhielten themenbezogenes Filmmaterial bzw. wurden angewiesen, auf spezifische Archivfilme zurückzugreifen.¹²⁴

Orientiert an der herausgehobenen Stellung der Berliner Veranstaltungen vom 8. bis 10. November 1988 fanden die lokalen politischen Veranstaltungen um diesen Zeitraum herum drapiert statt. Einer großen FDJ-Veranstaltung am 28. Oktober 1988 in der Gedenkstätte am Münchner Platz¹²⁵ folgte eine Gedenkveranstaltung für Victor Klemperer an der TU Dresden am 3. November 1988, der hier eine Würdigung als „jüdischer Humanist und Antifaschist“ erfuhr.¹²⁶

Als erster politischer Hauptakt kann die Gedenkfeier am 6. November 1988 in der Synagoge Fiedlerstraße gelten, bei der mit Hans Modrow und Bernd Böhme von der Bezirksleitung der SED die regionale politische Ebene vertreten war, daneben aber auch hochrangige kirchliche Vertreter. Diese fand wie alle anderen Veranstaltungen breite Aufmerksamkeit in der Presse.¹²⁷

Nachdem die Dresdner Vertreter der Jüdischen Gemeinde von den zentralen Gedenkveranstaltungen aus Berlin zurückgekehrt waren, fand die jährliche Kranzniederlegung dann erst am 11. November 1988 statt. In seiner Rede bezeichnete Wolfgang Berghofer, seit 1986 Oberbürgermeister von Dresden, das Ereignis des Novemberpogroms als „eines der schmerzlichsten in der Geschichte der Stadt“¹²⁸ und betonte, dass der „Zusammenhang zwischen den Opfern der Pogromnacht, des Weltkrieges und des 13. Februars 1945 [...] nie zu vergessen“¹²⁹ sei. Solch deutliche Worte, die die nationalsozialistische

Politik als ursächlich für die Luftangriffe auf Dresden ansahen, waren bis dato von einem Spitzenvertreter der SED am Jahrestag der Novemberpogrome in Dresden noch nicht vernommen worden.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass schon Schmid auf die Unzulänglichkeit hingewiesen hat, die Analyse der staatlichen Erinnerungsveranstaltungen von 1988 ausschließlich im Blickwinkel der politischen Instrumentalisierung zu betrachten.¹³⁰ So wie die relativ unbestimmten Vorgaben aus Berlin im Lokalen konkret ausgefüllt werden mussten, sind für Dresden weitere Aktivitäten staatlicher Akteure zu nennen, die als jenseits einer knappen und befristeten Kampagnenarbeit bewertet werden könnten: So ließ sich die Bezirksführung der Nationalen Front von Vorstandsmitgliedern der Jüdischen Gemeinde deren historische Entwicklung veranschaulichen. Der Bezirksvorstand der CDU initiierte des weiteren „Rundtischgespräche“, an denen neben Vertretern der Jüdischen Gemeinde und der christlichen Konfessionen auch Abgesandte der FDJ, des RdB (Abteilung Volksbildung und Abteilung Kirchenfragen) und der städtischen SED-Strukturen teilnahmen.¹³¹

Größere Aufmerksamkeit verdient zudem ein für den 19. November 1988 von der FDJ-Grundorganisation der Pädagogischen Hochschule Dresden organisiertes Symposium. Schon der Titel „50 Jahre Pogromnacht – Vergangenheitsbewältigung als *ständige* Aufgabe“ [Hervorhebung T.F.] stand in Distanz zu den überkommenen Verlautbarungen, nach denen in der DDR der Faschismus „ausgerottet“ sei. In themenbezogener Gruppenarbeit und abschließendem offenen Podium diskutierten jüdische, christliche und staatliche Vertreter erstmals in einer öffentlichen Veranstaltung miteinander.¹³² Neben der genannten Teilnahme von Abordnungen christlicher Kirchen an staatlichen Veranstaltungen oder solchen der Jüdischen Gemeinde wurde im kirchlichen Kontext eine bemerkenswerte Breite von Aktivitäten entfaltet. Waren entsprechende Vorträge nun schon fast Gewohnheit,¹³³ ragten dabei 1988 die vom Arbeitskreis „Begegnungen mit dem Judentum“ konzipierte Ausstellung „Juden in Sachsen: Ihr Leben und Leiden“ und die Einweihung der Gedenktafel für die Dresdner Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung an der Kreuzkirche heraus. Die Ausstellung war vom 29. Oktober 1988 in der Kreuzkirche und dann vom 22. November 1988 bis 10. Februar 1989 in der Kathedrale zu besichtigen. Mit ihr konnte sich erstmals in Dresden ein breiteres Publikum mit der lokalen jüdischen Geschichte vertraut machen.¹³⁴

Ebenso auf Initiative des Arbeitskreises wurde mit der Gedenktafel ein dauerhafter Ort der Erinnerung geschaffen. Deren Einweihung fand am 6. November 1988 als eines der größeren öffentlichen Ereignisse rund um den Jahrestag statt. Die inhaltliche Gestaltung trug die anhaltende Auseinandersetzung im christlichen Kontext um den Aspekt der Mitverantwortung an der nationalsozialistischen Judenverfolgung durch ihren Standort an der Außenwand der Kreuzkirche materialisiert in den öffentlichen Raum. Dass eine nötige aktive und dauerhafte christliche Beschäftigung über die Berücksichtigung von Jahrestagen hinaus dabei auf bestimmte Akteure und

Gruppierungen begrenzt blieb, zeigen die innerkirchlichen Diskussionen im Vorfeld der Einweihung. Besonders die Mitglieder des Arbeitskreises sowie diesem nahe stehende kirchliche Vertreter unterstützten das Vorhaben des offenen Bekenntnisses, während andere distanziert blieben.¹³⁵ Den Abschluss der alljährlichen Friedensdekade in Dresden bildete ein ökumenischer Bußgottesdienst, an dem erstmals Mitglieder der Dresdner Jüdischen Gemeinde nicht nur teilnahmen, sondern Herbert Lappe als deren Vertreter ebenso eine Rede hielt wie katholische Bischof Joachim Reinelt und Siegfried Reimann, evangelischer Pfarrer der Annenkirche und eine der zentralen Personen des Arbeitskreis „Begegnungen mit dem Judentum“.¹³⁶ Nachdem bereits Roman König als höchster Vertreter der Jüdischen Gemeinde ein jüdisches Totengebet bei der Gedenktafeleinweihung vorgetragen hatte, deutet dies im Zusammenschluss darauf hin, dass sich das Verhältnis zwischen Jüdischer Gemeinde und christlichen Kreisen nach dem Führungswechsel in der Gemeinde infolge des Todes Helmut Aris' weiter entkrampfte und nun auch auf höherer Ebene verfestigte.¹³⁷ So wie solch *ein einzelner* Aspekt sicher nicht allein ausschlaggebende Qualität gehabt haben dürfte, könnte dies durchaus mit dem Trend in der zweiten und dritten Generation der Juden in der DDR korrelieren, sich stärker mit ihrer jüdischen Identität auseinanderzusetzen. Dies gilt zwar in erster Linie für Ostberlin, fand seine Entsprechung im kleineren Rahmen aber auch in Dresden.

Diese vielfachen und höchst unterschiedlich intendierten Annäherungen bis hin zu – vor allen staatlichen – Vereinnahmungen bescherten den Juden und Jüdischen Gemeinden in der DDR wie ihrer Geschichte eine bisher ungekannte Aufmerksamkeit. Als Hintergrund muss die dazu gegenläufige und existenzbedrohliche Entwicklung der Überalterung und der sich damit nahezu dramatisch verringernenden Mitgliederstärke der Gemeinden benannt werden.¹³⁸

Resümee

Wie anderenorts so bildete auch in den Jahren 1947 und 1948 die Erinnerung der Novemberpogrome ein (wenig öffentlichkeitswirksames) Podium für die lokale VVN-Struktur, einerseits aktuelle antisemitische Vorfälle, andererseits aber auch die Entschädigungs- und Wiedergutmachungspolitik der SED scharf anzugreifen. Kam es hier bereits 1948 zu einer starken geschichtspolitischen Überzeichnung in angespannter internationaler Lage, so führte genau diese und die an der Integrationsstrategie der SED anschließend geleistete Kritik mit den Angriffen der Staatsführung auf die VVN und die Jüdischen Gemeinden zur Ausschaltung der bisherigen Erinnerungsträger. Die staatsloyale Besetzung des VJGDDR-Vorstandes mit dem Dresdner Gemeindevorstand Helmut Aris sorgte ab 1963 dafür, dass Dresden Zentrum der staatlichen Gedenkveranstaltungen anlässlich der „runden Jahrestage“ wurde. Deren inhaltlicher Kern stellte eine Bündniserklärung zwischen Verband und SED zur legitimatorischen Herausstellung des „antifaschistischen Charakters“ der DDR

via jüdische (Opfer-)Perspektive dar. Im Sog dieses spezifischen Interesses nutzte Aris den sich öffnenden erinnerungspolitischen Rahmen Rahmen, das Gedenken an die antisemitische NS-Verfolgung stärker in der DDR-Gesellschaft zu platzieren.

Die Gedenkveranstaltungen von 1988 als Höhepunkt bildeten in Dresden den lokalen Rahmen zum außenpolitisch motivierten Staatsakt in Berlin, wobei von den hiesigen staatlichen Behörden teilweise Aktivitäten und Äußerungen jenseits einer bloßen Instrumentalisierung registriert werden können. Trotzdem blieben diese deutlich hinter der in den 1960er begonnen und zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome in bemerkenswerten Akten kulminierenden christlichen Auseinandersetzung zurück: Eine langfristig konzipierte Ausstellung zu jüdischem Leben in Sachsen sowie ein offen einsehbares Schuldeingeständnis an der Kreuzkirche öffnete Perspektiven, wie sie bis weit in die 1980er Jahre in Dresden von den historischen Schattenräumen des „Antifaschismus“, aber auch von der für die Gesamtheit der städtischen Akteure zentralen Erinnerung an die Luftangriffe vom Februar 1945 verdeckt schienen. Eine damit einhergehende Konkretisierung durch die nichtstaatliche Vergangenheits-vergegenwärtigung ging dabei stellenweise einher mit einer Enthistorisierung, wenn im Gedenken die „fremde“ Verfolgungssituation auf die eigene (oppositionelle) Position im politischen System der DDR projiziert wurde.

Die spät einsetzende und zudem auf schmaler sozialer Substanz verharrende Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus im gesellschaftlichen Feld der Kirche sorgte ab Anfang der 1980er Jahre des weiteren für eine vorsichtige, sich jedoch verstetigende Annäherung christlicher und jüdischer Erinnerungsakteure.

Zum Autor:

Thomas Fache, M.A., Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Wirtschaft- und Sozialgeschichte und Soziologie an der TU Dresden 1999-2007, seit Februar 2007 Redaktion Medaon.

¹ Der Beitrag ist eine stark gekürzte Fassung der vom Verfasser eingereichten Studienabschlussarbeit; Allierter Luftkrieg und Novemberpogrom in lokaler Erinnerungskultur am Beispiel Dresdens, MA ms., TU Dresden, Dresden 2007.

² Genannt sei in diesem Zusammenhang hier nur Schmid, Harald: Antifaschismus und Judenverfolgung. Die „Reichskristallnacht“ als politischer Gedenktag in der DDR, Göttingen 2004. Thießen verwies darauf, dass gleiches auch für den bundesrepublikanischen Umgang mit der NS-Zeit gilt; Thießen, Malte: Eingebrennt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005, Hamburg 2007, S. 28.

³ Eine solche steht nach wie vor aus; knapp Gryglewski, Marcus: Zur Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933 – 1945, in: Haase, Norbert/ Jersch-Wenzel, Stefi/ Simon, Hermann (Hg.): Die Erinnerung hat ein Gesicht. Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933 – 1945, Leipzig 1998, S. 87-150, hier S. 107f.

⁴ Ulrich hat hierfür eine erste Annäherung vorgelegt, jedoch führt seine Zeitzeugenschaft als einer der lokalen Erinnerungsakteure einerseits zu einer stark empathischen Retrospektive, andererseits schenkt er – gleichwohl wichtige Einblicke liefernd – aufgrund seiner kirchlicher Provenienz den katholischen Aktivitäten übergewichtige Beachtung; Ulrich, Michael: Dresden. Nach der Synagoge brannte die Stadt: Dokumente, Berichte und persönliche Zeugnisse, Leipzig 2002.

⁵ Siehe Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 21f.

⁶ Mit Regionalbezug eine entsprechende Verordnung der Landesverwaltung Sachsen vom 24. September 1945; siehe Goldenbogen, Nora: „Säuberungen“ und Antisemitismus in Sachsen 1949 – 1953, in: Keßler, Mario (Hg.): Antisemitismus und Arbeiterbewegung. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 121-128, hier S. 124; allgemein Spannuth, Jan: Rückerstattung Ost. Der Umgang der DDR mit dem „arisierten“ Eigentum der Juden und die Rückerstattung im wiedervereinigten Deutschland, Essen 2007, S. 47-88.

⁷ Die Grünanlage wurde 1947 errichtet, ein Denkmal erst 1975. vgl. Goldenbogen, Nora: Zwischen Trostlosigkeit und Hoffnung. Neubeginn und jüdisches Leben in Dresden nach 1945, in: dies. (Bearb.) Einst und Jetzt. Zur Geschichte der Dresdner Synagoge und ihrer Gemeinde, Dresden 2001, S. 108-121, hier S. 116f.

⁸ Jüdische Exilanten, die die SBZ bzw. spätere DDR ansteuerten, hatten dafür zumeist eine explizit politische Motivation;

umfassend dazu Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln 2000

⁹ Zur Geschichte der VVN siehe Reuter, Elke/ Hansel, Detlef: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1997, S. 124-145.

¹⁰ Ausführlicher zur Lage der Gemeinde, die sich 1947 in Jüdische Gemeinde zu Dresden umbenannte, in den ersten Nachkriegsjahren siehe Goldenbogen, Trostlosigkeit, 2001, S. 108-116.

¹¹ Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 23-25.

¹² Sächsische Zeitung (SZ), 11.11.1947, S. 1.

¹³ Zit. n. Reuter/ Hansel, Leben, 1997, S. 256.

¹⁴ So Groehler, Olaf: Die Diskussion um die Judenverfolgung in SBZ und DDR, in: Keßler, Antisemitismus, 1993, S. 79-85, hier S. 81.

¹⁵ Etwa Neues Deutschland (ND), 9.11.1947, S. 2.

¹⁶ „Antisemitismus als Keimwurzel faschistischen Rassenwahns“ versus „Antisemitismus auf ihre Fahnen geschrieben, um das deutsche Volk von den wahren Ursachen und Schuldigen allen Elends abzulenken“; SZ, 11.11.1947, S. 1.

¹⁷ Siehe Groehler, Olaf: Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennung- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 105-127, hier S. 116.

¹⁸ Union, 15.11.1947, S. 3. Geschkes Äußerungen stehen übrigens konträr zu seinen eigenen Worten des Jahres 1945, als er auf die Unterscheidung zwischen Kämpfern und Opfern Wert legte; Keßler, Mario: Die SED und die Juden – Zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S. 38.

¹⁹ So argumentiert Groehler, Olaf: SED, VVN und Juden in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945 – 1949), in: Benz, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3, Frankfurt/ Main 1994, S. 281-302, hier S. 288ff.

²⁰ Ohne Kenntnis der Dresdner Kundgebung fanden laut Schmid fünf der insgesamt 22 Veranstaltungen aller Besatzungszonen hier erneut unter der Regie der VVN statt; Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 26.

²¹ Galinski etwa äußerte, daß bisher „weder in Wort noch in Tat auch nur Zeichen des Bedauerns zu spüren waren“; zit. n. Timm, Angelika: Der 9. November 1938 in der politischen Kultur der DDR, in: Steiniger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 246 – 262, hier S. 249.

²² So eine parteiinterne Notiz vom 14. Mai 1948 an Walter Ulbricht zu einem entsprechenden Vorschlag möglicher Rückübertragungen an emigrierte Juden; zit. n. Hauray, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 321.

²³ So etwa, wenn die sächsische VVN massiven Protest gegen die Pläne meldete, nach denen bis zu 3.000 Mitglieder Wohnungen und Häuser für den Einzug von ehemaligen „Parteigenossen“ freimachen sollten; Groehler, SED, 1994, S. 292.

²⁴ Seigewassers Rede in Dresden unterschied sich damit deutlich von seinem Anklagen der „feigen Schmach eines ganzen Volkes“ in der VVN-Zeitung „Unser Appell“ vom 11.11.1948, zit. nach Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 29f. Weitere Ansprachen hielten u.a. Leon Löwenkopf, nur knapp wiedergegeben mit einem Verweis auf die „jüngsten Ereignisse neofaschistischer Regungen“, die aber nur in den Westzonen und Berlin verortet wurden, Union, 20.11.1948, S. 2.

²⁵ Dieser definierte Faschismus als die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“; zit. n. Münkler, Herfried: Politische Mythen und Institutionenwandel. Die Anstrengungen der DDR, sich ein eigenes kollektives Gedächtnis zu verschaffen, in: Göhler, Gerhard (Hg.) Institutionenwandel. Leviathan Sonderheft 16/1996, S. 121-142, hier S. 128.

²⁶ Seigewasser sprach etwa davon, „daß der Kampf gegen Juden seit jeher mit der Bekämpfung der Demokratie und des Kommunismus verbunden gewesen“ sei, daß es erst lange hieß, „der Jude sei schuld, so habe sich nun die reaktionäre Propagandawalze ein wenig umgestellt, [...] der Kommunismus sei an allem Schuld“ oder dass die „Verfechter des ‚tausendjährigen Reiches‘ [...] heute die Anwälte des amerikanischen Monopolkapitals“ [Hervorhebung im Original] seien; SZ, 19.11.1948, S. 1.

²⁷ Hauray, Antisemitismus, 2002, S. 339-348.

²⁸ Groehler, Olaf: Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Steiniger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust: Europa – USA – Israel, Wien 1994, S. 233-245, hier S. 234.

²⁹ So Danyel, Jürgen: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: ders. Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 31-46, hier S. 32.

- ³⁰ Danyel, Gründungskonsens, 1995, S. 32, Gründungskonsens; Groehler, Umgang, 1994, S. 236-240.
- ³¹ Bei Merker – selbst Nichtjude – zeigt sich ganz deutlich, dass Westkontakt oder Eintreten für jüdische Belange entscheidende Kriterien bildeten. Andere Kommunisten ohne identitären Bezug auf ihre jüdischen Herkunft wie Hermann Axen, Stefan Heym, Markus Wolf und viele weitere blieben nahezu unbehelligt; Haury, Antisemitismus, 2002, S. 447f.
- ³² Goldenbogen, Antisemitismus, 1993, S. 126.
- ³³ So auch in Dresden; siehe Goldenbogen, Trostlosigkeit, 2001, S. 119.
- ³⁴ Der Erhalt dieser ist auch für Dresden dokumentiert; siehe CJA, 5B1, 50, Bl. 294 und 295.
- ³⁵ Dokumentiert bei Keßler, SED, 1995, S. 153-155.
- ³⁶ Zit. n. Haury, Antisemitismus, 2002, S. 394.
- ³⁷ Dazu Herbst, Andreas: Großmutter im Sterben. Die Flucht der Repräsentanten der Jüdischen Gemeinden 1953 aus der DDR, in: Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter (Hg.): Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999, S. 13-35, hier S. 17-25.
- ³⁸ So im ND vom 21. Januar 1953; zit. n. Haury, Antisemitismus, 2002, S. 402.
- ³⁹ Der Beschluss ist dokumentiert bei Reuter/Hansel, Leben, 1997, S. 620f.
- ⁴⁰ Der Dresdner Jude Bruno Goldhammer, als hochrangiges Parteimitglied schon einer der Hauptbeschuldigten der Verfolgungswelle 1950, wurde bspw. 1954 wegen Agententätigkeit zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, aber bereits 1956 wieder freigelassen; siehe Haury, Antisemitismus, S. 345, 2002, Fußnote 170.
- ⁴¹ Der Beschluss vom 3. Februar 1953 ist dokumentiert bei Reuter/Hansel, Leben, 1997, S. 621-623.
- ⁴² Gegensätze innerhalb der VVN benennt auch Klemperer, der im Dezember 1948 von einem Gespräch mit dem VVN-Vorstand Jacoby („spricht sehr pessimistisch. Ständiges Wachsen des Antisemitismus, auch in der SED“) bzw. von einer „Friedenskundgebung“ der VVN zu berichten weiß: „ganze Vortrag eine einzige Anklage gegen USA Eindruck bedrückend“; Klemperer, Victor: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945 – 1959, Bd. 1 (Hg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser), Berlin 1999, S. 614 und 617f.
- ⁴³ Dazu Danyel, Jürgen: Die SED und die „kleinen Pg’s“. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, in: Leo/ Reif-Spirek (Hg.), Helden, 1999, S. 177-196.
- ⁴⁴ Entsprechend kommentierte am 22. Februar 1953 Klemperer, hinter der Auflösung stünde „a) die allgemeine Concentration in der Republik, die im Kern die Partei ist b) als Auslöser der Abfall der zionistischen Juden – Julius Meyer hat in der Kammer unmittelbar nach mir für die VVN gesprochen, die VVN galt vielen als Judenvertretung“ [Hervorhebungen im Original]; Klemperer, Stühlen, Bd. 2, 1999, S. 360.
- ⁴⁵ Groehler, Olaf: Erinnerungen an die „Reichskristallnacht“ in der SBZ und in der DDR, in: Hofmann, Thomas/ Loewy, Hanno/ Stein, Harry (Hg.): Pogromnacht und Holocaust. Frankfurt, Weimar, Buchenwald... Die schwierige Erinnerung an die Stationen der Vernichtung, Weimar 1994, S. 172-197, hier S. 191.
- ⁴⁶ Bis 1953 können nur vereinzelte Veranstaltungen benannt werden, so der letzte VVN-Gedenkakt 1952; Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 35-37.
- ⁴⁷ Zur Entwicklung bis 1962 mit der Einweihung des Gedenksteins am ehemaligen jüdischen Altersheim in Berlin am 9. November 1960 als einem Höhepunkt siehe Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 32-54.
- ⁴⁸ Vor allem (hier bereits 1958, also lange vor dem Start der Großkampagne) mit stetem Verweis auf Globke, dass in der BRD die „intellektuellen Urheber der Judenverfolgung [...] in Amt und Würden“ stehen, während die DDR „den Antisemitismus zerschlagen hat“; SZ, 8.11.1958, S. 4. In Dresden erscheinende Zeitungen veröffentlichten die Erklärung der Nationalen Front vom 22. Jahrestag der Novemberpogrome (Union, 10.11. 1960, S. 1) oder titelten schlicht: „Der Antisemitismus lebt in Westdeutschland“; SNN, 10.11.1960, S. 2.
- ⁴⁹ Mertens, Lothar: Davidstern unter Hammer und Sichel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945 – 1990, Hildesheim 1997, S. 69-73.
- ⁵⁰ Ein neuer Vorstand bildete sich am 15. März 1953 mit Helmut Aris, Richard Lewinsohn und Walter Friedländer; Goldenbogen, Trostlosigkeit, 2001, S. 120.
- ⁵¹ Dies äußert sich etwa in Hinblick auf eine notwendige Renovierung des Jüdischen Friedhofs in der Pulsnitzer Straße. In einer Mitteilung hieß es daher: „die Angelegenheit im Auge zu behalten und dem Kirchgemeindeverband Dresden zur Pflicht zu machen, im Bedarfsfalle die Bitte der jüdischen Gemeinde, bei der Wiederherstellung des Friedhofs behilflich zu sein, zu unterstützen.“; Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 2, 261, Blatt 3 und 4. Diese Aufmerksamkeit beruhte auf dem Aufruf des hier noch gesamtdeutschen Verbundes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Schutz der jüdischen Friedhöfe von 1950, welcher vielerorts aufgegriffen wurde, damit sich „zur Vernichtung nicht auch noch das Vergessen gesellt“; zit. n. Ostmeier, Irena: Zwischen Schuld und Sühne. Evangelische Kirche und Juden in SBZ und DDR 1945 – 1990, Berlin 2002, S. 145.
- ⁵² Diesem pauschalen Befund von Offenberg stehen keine anders lautenden Hinweise zur Situation in Dresden entgegen; Offenberg, Ulrike: „Seid vorsichtig gegen die Machthaber“. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945 bis 1990, Berlin 1998, S. 129.
- ⁵³ Siehe Illichmann, Jutta: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt/ Main 1997, S. 189 – 197.
- ⁵⁴ Illichmann, DDR, 1997, S. 196.
- ⁵⁵ Ein Bericht zum Beschluss der Erklärung und deren Wortlaut findet sich im Periodikum des VJGDDR; siehe Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1964, S. 3. Zur Kampagne siehe Lemke, Michael: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960 – 1968, in: Danyel, Jürgen (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 61-86.
- ⁵⁶ Diese waren „teils gezielt, teils durch Partei und Organisationen, wie durch Bekanntgabe in der Tagespresse“ mobilisiert; CJA, 5B1, Nr. 217, Bl. 15.

⁵⁷ Zit. n. Timm, Angelika: Der politische und propagandistische Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der DDR, in: Danyel, Jürgen (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 213-223, hier S. 218. Weitere Reden hielten Hans Seigewasser, nun Kirchenstaatssekretär der DDR, Martin Riesenburger, bis zu seinem Tod 1965 einziger Rabbiner in der DDR, und Endre Sós, Präsident der Landesvertretung der ungarischen Juden, der stellvertretend für alle ausländischen Delegationen sprach; CJA, 5B1, Nr. 217, Bl. 15.

⁵⁸ Zum Aufruf, seiner zielgerichteten Verbreitung und Rezeption siehe den von Aris verfaßten Abschlußbericht CJA, 13556, 5B1, Nr. 217, Bl. 14-16.

⁵⁹ Die Konferenz der Kirchenleitungen (KKL) hatten den Landeskirchen nahe gelegt, an das Datum zu erinnern; Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 61. Wie anderenorts wurde darin auch „die drückende Schuld auf unserem Volke angesprochen“. Der dazu berichtende Artikel unter dem Titel „Doppelte Schuld tilgen!“ führte dies deutlich aus, legte sein eigentliches Gewicht aber darauf, den „Erkenntnismangel“ evangelischer, dass „mit ihm [dem Antisemitismus – Anmerkung durch T.F.] damals und heute der Antikommunismus gepaart ist“; Union, 10.11.1963, S. 2.

⁶⁰ Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 50f.

⁶¹ Die Sonderbriefmarke ging auf eine Initiative des VJGDDR zurück; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10862, Bl. 828.

⁶² Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 63.

⁶³ Auch in der Presse blieb es bei beiläufigen Hinweise, so etwa in einem Bericht zur Reisetätigkeit Aris' im Dienste der Außendarstellung der DDR; ND, 9.11.1966, S. 6. Interessanterweise gab genau dieser Artikel ein passant eine zeitgenössisch neue Lesart der (hier zurückhaltend) „Bombardierung Dresdens“ ab, da nur „den Wirren der letzten Kriegsmonate“ das Überleben der wenigen verbliebenen Dresdner Juden zu verdanken sei.

⁶⁴ Eschwege wurde verstärkt ab 1965 zu Vorträgen zu Themen jüdischer Kultur und Geschichte eingeladen, „meist in christlichen Gemeinden und Jugendorganisationen“, aber auch von „bürgerlichen Parteien“, „Denkmalpflegern“ und Grundorganisationen des Kulturbundes; Eschwege, Helmut: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 108 und 159. Hinsichtlich christlicher Aktivitäten war Fritz Schulze für Eschwege langer Zeit ein „einsamer Prophet“; Eschwege, fremd, S. 170. Eschwege selbst konnte 1966 mit „Kennzeichen J“ eine erste Veröffentlichung erreichen. Zu den ideologisch bedingten jahrelangen Verzögerung dieser Dokumentation siehe Käppner, Joachim: Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR, Hamburg 1999, S. 134-145.

⁶⁵ So beispielsweise im Herbst 1966 vor einer Gruppe christlicher Studierender in Dresden, Ulrich, Dresden, 2002, S. 120. Seit 1966 besuchten ebenso regelmäßig Christen die Synagoge bzw. jüdische Gottesdienste; Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 222.

⁶⁶ Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 65-68. Die direkten Anweisungen aus Berlin verweisen dabei auf die „starke politische Note“, die der Gedenktag durch seine zeitliche Nähe zum „Sechs-Tage-Krieg“ und seiner propagandistischen Bearbeitung hatte; so Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 165.

⁶⁷ SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10941, Bl. 97f. Einladungen zielten auf die Anwesenheit lokaler und regionaler Führungsgremien aller Parteien und Massenorganisationen, kommunaler Repräsentanz, hochrangiger Führungskräfte kirchlicher wie kultureller Institutionen und von Gästen aus dem sozialistischen wie westlichen Ausland ab; siehe SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10863, Bl. 621-623, 684f., 688f., 689, 691f.

⁶⁸ „Devote Unmündigkeit“ und „patriarchalisch-bevormundende Herablassung“ prägten die Ausführungen von Aris bzw. Seigewasser; so Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 69. Mit der Anwesenheit des Staatssekretärs erhöhte sich die Präsenz der Staatsführung in bescheidenem Maße.

⁶⁹ Alle Zitate nach Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1969, S. 8.

⁷⁰ Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 69.

⁷¹ Neben Prosa jüdischer Opfer stach hier vor allem der umfangreiche Artikel von Pfarrer Fritz Schulz heraus, der eine historisch korrekte Darstellung abgab; Union, 9.11.1968, S. 14.

⁷² Der erste Gedenkakt unter freiem Himmel in Dresden seit 1945 fand somit nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt; siehe Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1969, S. 5.

⁷³ Diesen Begriff verwendet Schmid: „Habitualisierung“ zielt dabei auf die Verstetigung des Bezuges verschiedener gesellschaftlicher Akteure auf das Datum ab; „sekundär“ fasst dessen verbleibende Nachordnung hinter der Wiederkehr der „November-Revolution“ vom 9. November 1918; siehe Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 71.

⁷⁴ Darauf verwies bereits Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 70. Zum Briefwechsel mit dem Ministerium für Volksbildung siehe CJA, 13558, 5B1, Nr. 219, Bl. 147-149.

⁷⁵ Diese Schreiben verloren spätestens ab 1972 ihre gegen die BRD gerichtete Aggressivität; Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 76.

⁷⁶ In Dresden besuchte 1972 anlassbezogen eine Vertreterin des Referats für Kirchenfragen des RdB den Sitz des VJGDDR; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1973, S. 10. Ab 1974 wandte sich regelmäßig Hans Jörke, Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres, an Aris; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1974, S. 18.

⁷⁷ Zur Inschrift und Form der Stele siehe Goldenbogen, Nora: Sachsen, in: dies./ Endlich, Stefanie/ Herlemann, Beatrix/ Kahl, Monika/ Scheer, Regina (Hg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 2, Bonn 1999, S. 607-778, hier S. 647f.

⁷⁸ SZ, 8/9.11.1975, S. 2.

⁷⁹ Dies blieb aber nicht auf evangelische Kreise beschränkt; das Nachrichtenblatt meldete auch, dass eine „große Gruppe Jugendlicher katholischer Dresdner Kirchgemeinden“ der Synagoge einen Besuch abstattete; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1974, S. 18.

⁸⁰ So wurden aus Leipzig bereits seit 1974 Veranstaltungen der „Christlich-jüdischen Zusammenarbeit“ gemeldet. Hier zeigt sich, dass die Annäherung weniger auf Direktiven von „ganz oben“ – sei es von Kirchenleitung, sei es von VJGDDR, sei es erst recht von SED – beruhte als vielmehr auf Einzelpersonen wie vor allem Pfarrer Siegfried Theodor Arndt und dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Leipzig, Eugen Gollomb; dazu ausführlicher Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 244f.

⁸¹ Weber, Hermann: DDR. Grundriß der Geschichte 1945 – 1990, Hannover 1991, S. 151-162.

⁸² Die Arbeitsmaterialien näherten sich den historischen Ereignissen an, übten theologische Selbstreflexion und forderten zu selbständiger Annäherung auf; Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 169.

⁸³ Deutlich wurde hier die Schuld von „weitesten Kreisen“ durch „bedrückendes Schweigen, erschreckende Interessenlosigkeit oder offene Billigung“ benannt. Die Bitte um die Existenz Israels „in einem gerechten und sicheren Frieden“ konterkarierte deutlich die außenpolitische DDR-Position zum Nah-Ost-Konflikt; alle Zitate n. Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 98. Die KKL gab weiterhin eine Empfehlung einer entsprechenden Einfügung in das allgemeine Kirchengebet; siehe SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10941, Bl. 41.

⁸⁴ Zit. n. Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 99.

⁸⁵ Diese „oppositionelle Funktionalisierung“ äußerte sich am Ende der „Worte an die Gemeinden“: „Laßt uns wachsam sein dafür, wo heute unter uns Menschen Opfer unserer Vorurteile werden, wo die Eigenart von Menschen, die Fremdheit ihrer Verhaltensweisen, zum Anlaß werden, ihre Würde zu verletzen“; Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 53. Auf eine derart aktualisierende Implikation der Thematisierung der nationalsozialistischen Judenverfolgung verweist Groehler. Dieser sieht den Umgang mit den Novemberpogromen und der Shoa als „unter der Lupe systemkritischer Auseinandersetzung aufgegriffen [...] und dem Staat DDR als Spiegelbild des undemokratischen Umganges mit Randgruppen entgegengehalten“; Groehler, Umgang, 1994, S. 244.

⁸⁶ Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 170.

⁸⁷ Entsprechend selten war die Rede vom fortgesetzten Schweigen in der ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft; so etwa Günter Jabob in einem Beitrag für „Die Zeit“. Dieser irrte aber mit seiner Annahme, dass „auch in der DDR bis heute das für das Nichtvergessen so wichtige persönliche Gespräch zwischen Generationen der Väter und der Generation der Söhne noch aus[steht]“, im gewissen Sinne; zit. n. Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 97. Auch in der DDR hatte das intergenerationelle Gespräch im verwandtschaftlichen Kontext nicht den von ihm unterstellten (selbst-)kritischen und aufklärerischen Gehalt, sondern vielmehr entlastende Funktion; siehe Welzer, Harald/ Moller, Sabine/ Tschugall: „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/ Main (4. Aufl.), S. 163f.

⁸⁸ Siehe zum überregionalen Vergleich Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 97; Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 170f.

⁸⁹ Handro, Saskia: Erstarrung und Wandel. Zur Transformation der Gedenkkultur, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd. 5, 2005, S. 91-109, hier S. 101.

⁹⁰ Zeichen dafür das Treffen von Aris und Kirchner mit Erich Honecker zum Jahrestag der DDR 1977; Offenberg, Machthaber, 1998, S. 168.

⁹¹ Dazu Arendes, Cord: Mythen und Legenden in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd.5, 2005, S. 27-46, hier S. 37f.

⁹² Zit. n. Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 85.

⁹³ Schmid spricht von einer „Vergesellschaftung dieses Datums“, einer „numerischen Expansion“ bei gleichzeitiger „Pluralisierung der beteiligten Akteure und der Formen, der Orte und der Deutungen, der Intentionen und Funktionalisierungen des Gedenkens“; Schmid, Harald: Erinnern an den „Tag der Schuld“. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Hamburg 2001, S. 392.

⁹⁴ Die Gedenktagspublizistik griff demnach die BRD über die Thematik Antisemitismus an. In diesem Sinne wurde ein Artikel in der SZ illustriert: ein Bild der alten Synagoge in Dresden stand der Aufnahme einer rechtsradikalen Demonstration in der BRD gegenüber; SZ, 4.11.1978, S. 4.

⁹⁵ Zit. n. einer Mitschrift einer Beratung vom 3. November 1978, die zwischen obersten staatlichen Vertretern der Arbeitsgemeinschaft für Kirchenfragen beim ZK der SED sowie dem Kirchenstaatssekretär und lokaler hoher politischer Ebene, also Vertretern des RdS, des RdB (Sektor Kirchenfragen) und den Bezirksleitungen der FDJ und SED geführt wurde; SächsHStA, IV D-2/20/803, unpaginiert.

⁹⁶ Anwesend waren ebenso Seigewasser und dessen Stellvertreter Kalb, Delegationen aus „dem sozialistischen Ausland“ sowie Vertreter von Parteien, Massenorganisationen und „aller kirchlichen Konfessionen“; Union, 11./12.11.1978, S. 6. Fotografische Aufnahmen legen nahe, dass über den Besuch jüdischer Gemeindeglieder hinaus diese erstmals vorher in der Lokalpresse beworbene Kranzniederlegung kaum weitere nennenswerte Anteilnahme hatte; siehe etwa Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR (Hg.): Gedenke! Vergiß nie! 40. Jahrestag des faschistischen „Kristallnacht“-Pogroms, Berlin 1979, innere Fotoseiten, Abbildungen 11-15.

⁹⁷ Erschienen waren neben Schönherr auch der stellvertretende Vorsitzende der Berliner Bischofskonferenz Gerhard Schaffran und der Bischof der Evangelisch-Methodistischen Kirche Armin Härtel; Union, 11./12.11.1978, S. 1. Im Vorfeld wurde staatlicherseits zudem ein hohes Interesse von Pfarrern registriert. Diese „möchten noch Jugendliche (Junge Gemeinde) mitbringen.“ Deswegen sollte „beachtet werden, daß diese Veranstaltung keine Kirchenveranstaltung wird“. Die besucherpolitische Absicherung sollte daher auch durch die Bereitstellung einer Reserve der Bezirksparteischule erfolgen; SächsHStA, IV D-2/20/803, unpaginiert.

⁹⁸ Siehe VJGDDR, Gedenke, 1979, S. 36 bzw. 39. Siehe auch Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 91f.

⁹⁹ Schmid verweist auf Schaffran, der in seiner Rede von „persönlicher Schuld“ sprach; Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 93. Im CDU-Organ Union fand sich Platz für einen Augenzeugenbericht und – gerahmt zwischen der Dokumentation der KPD-Erklärung von 1938 und dem Niemöllerschen Schuldbekenntnis – Seigewassers Worte von der „feigen Schmach eines ganzen Volkes“ aus dem Jahr 1948; Ereignisaspkte, die gleichwohl 1978 weder von ihm noch von anderen staatlichen Repräsentanten angesprochen wurden; Union, 4./5.11.1978, Beilage, S. 1.

¹⁰⁰ Diese erwiderte Aris in huldvoller Anerkennung; siehe Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 88f. Aris' Position im ganzen auszuleuchten fällt schwer: Seine Reden zeigen ein klares *äußeres* Bekenntnis. So wie aber eine frühere IM-Tätigkeit Mitte der 1950er Jahre nicht zur Zufriedenheit der Führungsoffiziere beitrug und sein Agieren auf außenpolitischer Bühne in den 1970er Jahren ihm z. T. Kritik einbrachte, so steht zu vermuten, dass Aris 1978 auf eine vorbereitete Argumentationshilfe für Kontakte zur BRD-Presse, die „Araber [...] als Opfer einer Aggression“ sah und Israel als „imperialistische[n] Staat“ brandmarkte, zurückgegriffen hätte, eventuell sogar *hat*; siehe Wolffsohn, Michael: Die Deutschland-Akte. Tatsachen und Legenden, München 1995, S. 88; Illichmann, DDR, S. 225-238. Zur Argumentationshilfe siehe SächsHStA, IV D-2/20/803, unpaginiert.

¹⁰¹ Neben Ausführungen zum persönlichen Erleben konstatierte er aktuelle mangelnde Kontakte zur evangelischen Kirche, um aber eine Anbahnung solcher auf höherer Ebene gleich zurückzuweisen („noch nicht in dem Topf, wo's richtig kocht“); Der Sonntag, 12.11.1978, o.S.

¹⁰² Dessen Antrag auf Gründung eines „Freundeskreises Geschichte und Kultur der Juden“ stieß allerdings 1978 auf Ablehnung von höchster Stelle, da die Antragsteller „in ihrer gesellschaftlichen Haltung keine eindeutigen Positionen beziehen“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 218-220.

¹⁰³ So Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 82f.

¹⁰⁴ Die Tafel, die sich am heutigen Studierendenwohnheim Güntzstr. 28 befindet und von einer zurückhaltenden wie eindringlichen Inschrift geprägt ist, wurde bereits im Februar 1966 von der TU Dresden auf Bitte Aris' vom März 1964 angebracht; siehe Kalkbrenner, Anke: Das Henriettenstift. Zwischen Asylheim und Alten-Damenstift – Die Geschichte eines jüdischen Altenheims, Dresden 1999, S. 97.

¹⁰⁵ Die erste Veranstaltung fand am 14. Februar 1982 statt. Jährlich wurden bis zu sechs Veranstaltungen organisiert, zu denen sich durchschnittlich 300 Interessierte einfanden. Zu den hiesigen Besonderheiten zählte auch die zentrale Mitarbeit jüdischer Gemeindevertreter, die *nicht* Leitungsgremien der Gemeinde angehörten. Aris hielt selbst aber Vorträge und akzeptierte Eschwege als Gemeindevertreter; vgl. Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 263-268. Unterstrichen wird spezifische Situation Dresden noch einmal durch eine Nachricht Reimanns an den Oberkirchenrat Schleinitz vom Landeskirchenamt Sachsen vom 14. Mai 1982, dass sich „ein Dialog mit der Dresdner jüdischen Gemeinde allmählich anzubahnen scheint, was unter den Dresdner Bedingungen wesentlich schwieriger ist als in Leipzig“. siehe Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 2, 531, Bl. 195.

¹⁰⁶ Eine Auflistung der Veranstaltungen siehe Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 343-345.

¹⁰⁷ Siegfried Reimann selbst, Pfarrer der Annenkirche und Protagonist des Arbeitskreises, verwies schon auf diese Tendenz; Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 265, Fußnote 281.

¹⁰⁸ Aris kritisierte bei dieser (herrschaftslegitimatorischen) Rezeption Luthers die Ausblendung von dessen antijüdischen Schriften; Timm, Umgang, 1995, S. 220. Aris setzte sich mit seinem Ansinnen nach dezentralen Gedenkakten durch, wahrte hingegen nach außen das Bild „tiefer Freude und Dankbarkeit, in unserem sozialistischen Staat leben zu können“; SZ, 8.11.1983, S. 2.

¹⁰⁹ So etwa Timm, Umgang, 1995, S. 221.

¹¹⁰ Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 106.

¹¹¹ So gewertet in den Konzeptionen SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 49.

¹¹² Federführend nun wieder das Kirchenstaatssekretariats mit dem VJGDDR; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 83.

¹¹³ Kolditz verwies durchaus darauf „wie zwiespältig große Teile des deutschen Volkes nach der langen Indoktrination [...] reagiert hatten“. Die Formulierung ließ aber nach wie vor den Schuldverweis auf die NS-Elite zu und hatte zudem die gewohnte Funktion, die Rolle der KPD hervorzuheben; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 54. Zentraler Aspekt der Vorbereitungen aller Veranstaltungen war die „besucherpolitische Absicherung“, die vor allem über die Delegationen der lokalen und regionalen SED-Strukturen und Führungen erreicht wurde. Kleinere Kontingente erhielten die Jüdische Gemeinde und „Kirchliche Kreise“. Lediglich 100 Karten waren für den freien Verkauf bestimmt; SächsHStA, IV E 2/14/670, unpaginiert.

¹¹⁴ Galinski war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Westberlins und ebenso eine der zentralen jüdischen Persönlichkeiten der BRD wie Ginsburg als Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland. Die Einladung Bronfmans referiert auf die massiven Proteste des Jüdischen Weltkongresses (WJC) gegen den bereits erwähnten Bitburg-Besuch vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung des WJC. Ob das Angebot des WJC eines Vertreterbesuches angenommen wurde, ist nicht belegt. Zu den Einladungen und Absagen siehe CJA, 13561, 5B1, 222, Bl. 135f., 218f. 225.

¹¹⁵ Ganzseitige Beachtung fand der Jahrestag 1987 zum erneuten Male in der „Union“: Der Abdruck des Tagebucheintrags Klemperers vom 13. Februar 1945, also dem Tag der Verteilung des Gestapo-Befehls zur Deportationsvorbereitung, ist als Zeichen des Anmahns der Folgen der in christlichen Kreisen betonten Mitschuld zu werten; Union, 9.11.1987, S. 3. Herbert Lappe, inzwischen auch Mitglied des Dresdner Arbeitskreises „Begegnungen mit dem Judentum“, prangerte in ungewohnt offenen Worten aktuelle antisemitische Vorfälle und eine „ungenügende Sensibilisierung“ an. Er stellte in diesem Zusammenhang das öffentliche Gedenken der Luftangriffe auf Dresden und deren Opfer dem (in Relation) empfundenen Nichtgedenken der „Verfolgung ihrer Mitbürger“ anklagend gegenüber; vgl. Nachrichtenblatt, Dezemberausgabe 1987, S. 23.

¹¹⁶ So die Berliner Jüdin Salomea Genin; siehe Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 123, Fußnote 399.

¹¹⁷ Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 108. Zur staatlichen Konzeption wie Aspekten zentraler Veranstaltungen siehe im Folgenden Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 108-126.

¹¹⁸ Auf die umfangreiche Mobilisierung staatlicher Stellen verweist die weitere Beteiligung von Einheiten der Bereitschaftspolizei, der NVA und von „Baukollektiven“; weiterhin beteiligten sich „junge Christen und Aktion Sühnezeichen“. Vor jedem Einsatz wurde eine Schweigeminute durchgeführt; Nachrichtenblatt, Dezemberausgabe 1988, S. 20 und 30.

¹¹⁹ Als lokales Beispiel kann hier ein anonymes Schreiben an die Jüdische Gemeinde zu Dresden genannt werden, welches einerseits Galinskis fortwährende Kritik an der „Vergangenheitsbewältigung“, andererseits eine materielle Übervorteilung von Juden in der DDR ausmacht. In diesem wurde sich auch direkt auf das Pogromdenken („teater im Ferne“ [Fehler im Original]) bezogen; siehe SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11060, Bl. 46f. Auch sah sich Eschwege zu einer Kritik rassistischer und antisemitischer Gesänge bei Fußballspielen, aber auch eines mangelnden Umgang mit jüdischer Geschichte in der DDR und einer unzureichenden Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Vorfeld des 50. Jahrestages der Novemberpogrome genötigt; Union, 9./10.7.1988, S. 3.

¹²⁰ Siehe Illichmann, DDR, 1997, S. 287-298.

¹²¹ Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 178. Aber auch von katholischer und evangelisch-methodistischer Kirche wurden solche grenzübergreifenden gemeinsamen Erklärungen vorgelegt; Schmid, Antifaschismus, S. 111; Union, 7.11.1988, S. 1.

¹²² Zynischer Ausdruck dieser „Nutzbarmachung“ ist die Argumentationshilfe des RdB (Abteilung Kirchenfragen), die kirchliche Aktivitäten hier in eine Kontinuität der Beschäftigung mit dem Judentum der DDR einordnet; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 119.

¹²³ Dazu ausführlich Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 108-127. Diese erfuhren auch in der lokalen Presse eine bisher nicht gekannte mehr- und ganzseitige Aufmerksamkeit; siehe etwa SZ, 9. 11.1988, S. 1f. und Union, 9.11.1988, S. 1f.

¹²⁴ SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 26f. und 61.

¹²⁵ Neben 400 FDJ-Mitgliedern nahmen auch Vertreter der Jüdischen Gemeinde daran teil; Union 29./30.10.1988, S. 2.

¹²⁶ ND, 4.11.1988, S. 8; Union, 4.11.1988, S. 1.

¹²⁷ Siehe SZ, 7.11.1988, S. 1; Union 7.11.1988, S. 1. Teil der Veranstaltung war auch die – soweit zu überschauen ist – erstmalige Aufführung filmischer Sequenzen der Abbrucharbeiten der zerstörten Synagoge im November 1938; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1989, S. 29.

¹²⁸ SZ, 12./13.11.1988, S. 1f.

¹²⁹ Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1989, S. 29. Den Tag beschloss ein Empfang des RdB, an dem auch Gäste jüdischer Gemeinden Bulgarien, Ungarn und den USA teilnahmen; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1989, S. 30.

¹³⁰ Schmid, Antifaschismus, 2004, S. 126.

¹³¹ Die Treffen fanden am 6. bzw. 14. September 1988 statt. Staatliche Vertreter sahen sich hier sofort mit Erwartungen konfrontiert, „daß man sich in den Bildungseinrichtungen intensiver mit der geschichtlichen Entwicklung des Zionismus und Antisemitismus befassen möge“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 62f. Diese wurden im Vorfeld dahingehend instruiert, dass das Gedenken nur als Anlass zur tieferen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu begreifen sei; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 120.

¹³² Im „Mittelpunkt der Verständigung soll[t]en die Notwendigkeit, die Inhalte und Formen der Auseinandersetzung mit dem Anti-Semitismus als Ausdruck des Inhumanismus faschistischer Ideologie stehen“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 83. Die Konzeption der Veranstaltung kann als Versuch der Integration divergierender Deutungen, aber auch der weiteren thematischen Hinwendung durch staatliche Akteure angesehen werden. Heike Liebsch als Vertreterin des RdB bei der Vorbereitung des Symposiums kann hier als Beispiel dafür gelten, dass die begonnene Auseinandersetzung mit jüdischen Themen über die Gedenkkampagne von 1988 hinausreichen konnte; siehe etwa ihre Beteiligung an der Publikation der Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen HATIKVA e.V. (Hg.): Spurensuche – Juden in Dresden. Ein Begleiter durch die Stadt, Hamburg 1995.

¹³³ Genannt sei hier nur Kurt Schuberts Vortrag „Vom Rassenwahn zum Völkermord“ vom 15. Oktober 1988; Ulrich, Dresden, 2002, S. 131.

¹³⁴ Die seit 1985 konzipierte Ausstellung thematisierte auch den christlichen Antijudaismus. Sie dokumentierte die Veranstaltungen des Dresdner Arbeitskreises ebenso wie ein gewisses Gefühl der Überforderung jüdischerseits angesichts dieses massiven Interessenschubes; siehe Dresdner Arbeitskreis „Begegnungen mit dem Judentum“: Juden in Sachsen: Ihr Leben und Leiden, Dresden 1988; Nachrichtenblatt, Septemerausgabe 1988, S. 22f.; auch Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 188f. Letztgenannter Aspekt gibt einen Hinweis darauf, dass neben der starken staatspolitischen Loyalität der Jüdischen Gemeinde auch andere Gründe einen vertieften christlich-jüdischen Dialog in Dresden blockiert haben könnten. Herbert Lappe, Mitglied der Dresdner Jüdischen Gemeinde, erwähnt in einer Nachbetrachtung knapp „erhebliche Vorbehalte“, ohne diese genauer darzulegen; Lappe, Herbert: Jüdisches Leben. Erfahrungen eines Ostdeutschen, in: Lappe, Herbert: Jüdisches Leben. Erfahrungen eines Ostdeutschen, in: Ginzel, Günther B. (Hg.): Der Anfang nach dem Ende. Jüdisches Leben in Deutschland 1945 bis heute, Düsseldorf 1996, S. 260 – 267, hier S. 265.

¹³⁵ Bei der Abstimmung über die Anbringung der Tafel in der Stadtsynode setzten sich nur 3 von 35 Stadtpfarrern aktiv für die Tafel ein, während der Rest distanziert, aber ohne Gegenäußerung reagierte. Der Superintendent und Pfarrer der Kreuzkirche, Ziemer, selbst etwa empfand das Schuldgeständnis als zu stark, sprach dann aber bei der Einweihung von einem Zeichen „wider das Vergessen und wider das Unrecht auf der Erde“ (SZ, 7.11.1988, S. 2) und erwähnte ausdrücklich die Ankündigung einzelner Gemeindeglieder, die Kreuzkirche zukünftig zu meiden; Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 185f.

¹³⁶ Ulrich, Dresden, 2002, S. 133.

¹³⁷ Veranstaltungen des Arbeitskreises fanden nun auch Erwähnung im Nachrichtenblatt, dessen Redaktion auch Aris angehört hatte; Ostmeyer, Schuld, 2002, S. 227.

¹³⁸ Für Dresden verweist Goldenbogen für 1989 auf 61 Mitglieder der sich im engen Rahmen revitalisierenden Gemeinde; Goldenbogen, Trostlosigkeit, 2001, S. 121.